Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 30. Juli 1925
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Prof. Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4788—98, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags u. Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,85 R.-M. in Berlin durch Boten.

Norddeutsche Ausgabe

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,50 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. — Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. —

64. Jahrgang
30. J. A. Nr. 355 10 Pfennig
Berlin - Frankfurt/M.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Die Paktverhandlungen.

Die neuen Instruktionen Chamberlains.

a. **Paris**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Die verantwortlichen Pariser Stellen, die sonst gleichlich mittteilsam sind, zeigen sich über die gegenwärtigen Paktverhandlungen auffallend schweigsam. Besonders über den Inhalt der von dem englischen Botschafter überwittelten neuen Instruktionen Chamberlains wird das strengste Geheimnis bewahrt. Es verlautet nur, daß Briand und seine Berater gestern die Londoner Mitteilungen eingehend besprochen haben und daß diese Beratungen heute fortgesetzt werden sollen. Weniger zurückhaltend zeigt man sich hier in bezug auf die vom „Daily Telegraph" verbreitete Nachricht, daß mit Caillaux zusammen Briand noch London fahren werde. Obgleich eine Bestätigung dieser Meldung noch ausbleibt, scheint sie doch richtig zu sein. Ihr Auftauchen erklärt sich daraus, daß die Verhandlungen über die rein juristischen Fragen zum Abschluß gelangt sind; es handelt sich nun um die Regelung der politischen Sachfragen, die ohne eine mündliche Aussprache offenbar nur schwer möglich ist.

Da Chamberlain in den früheren Stadium der Verhandlungen in Paris war, wäre jetzt die Reise des Briand, zu diesem Zweck nach London zu fahren. Es wird damit gerechnet, daß Briand diese Reise mit derjenigen Caillaux' verbinden wird, also bei dieser Gelegenheit in London eine Konferenz zur gleichzeitigen Regelung der

politischen und finanziellen Beziehungen

zwischen den beiden Ländern durchführen wird, wobei natürlich beide Fragen nicht nur getrennt, sondern auch sachlich miteinander verbunden werden. Ein Zeitpunkt für die Reise ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Da jedoch die in Gang befindlichen Schuldenverhandlungen in etwa acht Tagen beendet sein dürften, wird angenommen, daß die Ministerjahresmonatsruhe

in der zweiten Augustwoche

erfolgen könnte. Eine Frage, die Beachtung verdient, ist die, ob diese mündlichen Verhandlungen, soweit sie den Pakt zum Gegenstand haben, sich nur mit der an die Deutsche Regierung zu sendenden Antwort befassen werden, oder ob, wie vor einigen Tagen in Pariser Blättern angedeutet worden ist, der Paktentwurf schon bereits zwischen den beiden Regierungen festgelegt werden soll. Vorläufig wird aber, wie gesagt, am Quai d'Orsay lebhaft erklärt, daß Briand einen Beschluß hinsichtlich der Reise nach London noch nicht gefaßt habe.

*

Die Einsetzung einer deutschen Kommission zur Prüfung

der Entwaffnungsfrage

wird weiterhin in der Pariser Presse als ein günstiges Zeichen für die weitere Entwickelung der Dinge betrachtet. Die Blätter führen im allgemeinen aus, daß man zwar zunächst die Vorschläge der Kommission abwarten müsse, daß aber jedenfalls ein wichtiger Schritt getan sei. Wenn man sich einmal über diese Frage geeinigt haben werde, sagt das „Oeuvre", so wird sehr viel sicherer Wille notwendig sein, damit man sich nicht auch über alles andere verständigt. Unzufrieden zeigt sich lediglich das „Journal", das der ganzen Verständigungspolitik feindlich gegenübersteht.

Caillaux über die Finanzlage.

a. **Paris**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Finanzminister Caillaux gab gestern abend den Vertretern der Presse eine recht optimistische Darlegung über die letzte Entwicklung der französischen Finanzlage. Caillaux wies auf eine ganze Reihe von Anzeichen hin, die für eine günstige Wendung der Verhältnisse sprechen, vor allem auf die fördnige Aufsteigbewegung der französischen Staatsanleihen und auf die letzten Wochenausweise der Bank von Frankreich. Auch die kurzfristigen Nationalbons, die im laufenden Monat zur Einlösung gelangten, weisen eine erhebliche Verminderung auf. Die Bewegung der Staatsbank zeigten in der letzten Woche eine Abnahme von 450 Millionen Franken und der heute fällige Nationalbon wird einen weiteren Abfreich von 150 Millionen Franken aufweisen. Ueber die Ergebnisse der Goldanleihe liegen noch keine Ziffern vor, aber in amtlichen Kreisen ist man überzeugt, daß auf die zehn Milliarden, also etwa die Hälfte der im Umlauf befindlichen Bons zur Einlösung gelangen werden. Es verteilt sich von selbst, daß die obigen Erklärungen Caillaux als ein Teil der Anleihepropaganda zu betrachten sind, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß nicht tatsächlich seit seiner Amtsübernahme eine erhebliche Erleichterung und Stabilisierung der Finanzen eingetreten ist.

Der neue Gouverneur von Indochina

a. **Paris**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Zum Gouverneur von Indochina wurde der sozialistische Abgeordnete und Vizepräsident der Kammer, Alexander Varenne, ernannt. Varenne, der im 55. Lebensjahre steht, ist von Beruf Rechtsanwalt, kam über die Journalistik in die Politik und wurde 1906 zum ersten Male in die Kammer gewählt. Er befaßte sich hier eingehend mit Budgetfragen, besonders auch mit den Kolonialbudgets.

Die Räumung Essens.

Essen, 30. 7. (W. T. B.)

Die Räumung Essens hat den Besatzungstruppen dauert an. Die beschlagnahmten 350 Wohnungen von zwei bis fünf Räumen sind an die Stadt zurückgegeben worden. Die Mieter ist abgegangen, ebenso die Beamten. Belegt sind nur noch kleinere Teile der Schupounterkunftsräume, die Kreispartei, in der sich der Crispkommando befindet, das Gebäude des Bergbaulichen Vereins, das von dem Divisionsstab benutzt wird.

Rom, 30. 7. Die Bermählung der Prinzessin Mafalda mit dem Prinzen Philipp von Hessen wird voraussichtlich am 23. September stattfinden.

Ottawa, 30. 7. (Sonderbericht der DAZ.) Der Führer der Regierung im Senat Danburand, Innenminister Stewart und der Oberkommissar in London Lavine werden Canada auf der nächsten Völkerbundstagung in Genf vertreten.

Die englische Arbeitskrise.

Die gestrigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

ts. **London**, 30. 7. (Eigenbericht).

Die Differenz im Kohlenbergbau ist durch die gestrigen Verhandlungen nur wenig gehoben. Die Arbeiter haben von neuem erklärt, eine Verminderung der Löhne oder eine Verlängerung der Arbeitszeit käme nicht für sie in Frage. Es ist auch gar nicht, wie man nur ursprünglich gehofft hatte, gelungen, die beiden Parteien an einen Tisch zu bringen, sondern man hat sich mit Mittelmännern und schriftlichen Angeboten behelfen müssen. Auf diesem umständlichen Wege nahmen die Verhandlungen den ganzen gestrigen Tag in Anspruch.

Die Unternehmer haben einen scharfen Protest gegen die Kohlenuntersuchungskommission losgelassen, der sie den Vorwurf machen, daß sie sich gesträubt habe, etwas gegen die ohnehin Partei, nämlich die Arbeitnehmer, zu sagen. Ein Vorwurf, der berechtigt sein dürfte, wie überhaupt der Bericht der Kommission in wesentlichen Teilen sehr anfechtbar ist. Weiter machen sie der Kommission den Vorwurf, daß das von ihnen vorgebrachte Material in wichtigen Teilen ignoriert worden sei und daß die Kommission der Regierung selber völlig falsch im Bericht dargestellt seien. Die Frage der

Produktivität der Industrie

sei gar nicht in das Untersuchungsgebiet der Kommission gefallen. Sie hätte über diese Dinge auch gar keine Fragen gestellt und diese seien tatsächlich Kenntnisse, um ein Urteil darüber abzugeben.

Immerhin haben sich die Unternehmer, und zwar offenbar auf Drängen Baldwins, entschlossen, das Angebot eines nationalen Minimallohnes zu machen, aber dieses war nun natürlich sehr niedrig und müßte, wie die Unterschrift mit Recht ausführte, von den Arbeiter viel ungünstiger auffallen, als der Durchschnitt minimaler Prozentsätze in differenzierter Regelung. Die Arbeiter antworteten, daß sie eine Diskussion ablehnen müßten. Die Unternehmer versuchten nun anschließend an diese neuerliche Feststellung der Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeitsniederlegung zu bewegen, offenbar um noch einmal Klarheit über die Situation zu schaffen. Sie erklärten, daß ihre Lohnvorschläge zu angeboten seien auf unveränderter Arbeitszeit und daß sie bei ihren Lohnbedingungen ergänzt werden könnten, wenn eine

Verlängerung der Arbeitszeit

bewilligt würde. Sie stellten ferner den Arbeitern in Aussicht, daß jeder Gewinn, der im Anspruch unter neuen Arbeitsbedingungen etwa an die Unternehmer fallen sollte, von ihnen zu Lohnzufschlägen verwandt werden sollen. Die Antwort der Bergarbeiter war, daß sie die Frage der Arbeitszeit nicht diskutieren könnten. Was die Drosselung von Gewinnen im August anbetrifft, die die Bergwerksbesitzer vorgeschlagen hätten, so sei es möglich, den Arbeitern gewisse Vorteile zur Ueberwahme dauernder Nachteile zu versprechen.

Baldwin, der gestern den ganzen Tag in Verhandlungen bald mit der einen, bald mit der anderen Partei verbrachte, wird seine Bemühungen heute fortsetzen. Er verbandelte noch gestern abend 11 Uhr mit der Unterschusskommission und den Gewerkschaften, die die Streikfrage behandelt. Bis 11 Uhr abends waren Ausschüsse auf eine gemeinsame Konferenz der Bergwerksbesitzer und Arbeiter nicht vorhanden. Man vertagte sich dann auf heute morgen. „Daily Herald" schreibt, Baldwin habe die Lage entschieden nicht erkannt, und glaube noch immer nicht, daß die Arbeiter wieder über Arbeitszeit und über Arbeitslohn verhandeln wollten. Dagegen hat die Sonderkommission der Gewerkschaften ihrerseits ein Manifest herausgegeben, das kündet: „Niemals in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ist die Arbeiterschaft erregter und ihr Widerstand stärker gewesen, als gegenüber den bevorstehenden Angriffen auf ihren Lebensstandard in den größten Industrien des Landes. Das Gefühl ist allgemein, daß eine Niederlage der Arbeiter in den gegenwärtig geführten Verhandlungen andere Angriffe auf andere Zweige der Arbeit haben werden. Es besteht kein Zweifel, daß das ganze Land hinter den Bergarbeitern steht."

Heute gehen die Transportarbeiter und Eisenbahnergewerkschaften ihre Instruktionen zur Verhinderung von Kohlentransporten heraus, über deren Form sie sich gestern geeinigt haben.

In den Anthrazitgruben in Wales, wo 22 000 Arbeiter streiken, ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen.

Französischer Vertragsbruch.

Die französische Regierung hat das Abkommen gebrochen, das zwischen ihr und der deutschen Handelsvertragsdelegation getroffen worden ist, als man die Handelsvertragsverhandlungen im vergangenen Herbst zu vertagen beteiligte. Wie seinerzeit gemeldet, verpflichteten sich damals die deutsche wie die französische Regierung, in der Zwischenzeit bis zur Wiederaufnahme der Handelsverhandlungen keine zollpolitischen Unfreundlichkeiten gegeneinander zu begehen, d. h. zu keinen Maßregeln zu greifen, die ausschließlich gegen den Verhandlungspartner gerichtet sollen. Es ist also ein glatter Vertragsbruch, wenn jetzt die französische Regierung gemäß Mitteilung im „Journal Officiel" Haltung der Kohlen, die bestimmt, der deutsche Stein- und Braunkohlenexport nach Frankreich lizenzpflichtig gemacht werden soll, daß also natürlich außerhalb der Reparationskohlenlieferungen deutsche Kohle in Frankreich nur noch importiert werden darf mit ausdrücklicher, für jeden Einzelfall einzuholender französischer Genehmigung. Das ist eine einseitige gegen Deutschland gerichtete zollpolitische Unfreundlichkeit, die noch dadurch verschärft wird, daß diese französische Verordnung droht in schwebende, den Kohlenexport betreffende deutsch-französische Verhandlungen hineinplatzt.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Gegen wen rüstet England?

58 Millionen Pfund für das neue Flottenbauprogramm.

London, 30. 7. (W. T. B.).

Im Verlauf der gestrigen Erörterungen der Flottenvorschläge im Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär der Admiralität, Davidson, das Schlachtschiff „Nelson" werde gegen Ende des Jahres fertiggestellt werden und das Schlachtschiff „Rodney" voraussichtlich im April 1927. Zwei der in dem Flottenbauprogramm der Regierung vorgesehenen fünf Kreuzer würden im Mai 1927 fertiggestellt sein, und die drei anderen wahrscheinlich im Oktober des gleichen Jahres. Der Bau der geplanten Minenleger und Zerstörer würde im Juni nächsten Jahres beendet sein. Die geforderten Kredite inbezug von

rund 58 Millionen

Pfund Sterling seien die Gesamtsumme für das ganze Programm. Diese Summe enthalte alles, d. h. Geschütze und Munition und stelle die Gesamtkosten der neuen Schiffe dar.

In der Aussprache erklärte Mac Donald, einer Regierung, welche heute 58 Millionen für den Bau von Kriegsschiffen fordere, und die nach vor wenigen Tagen erklärt habe, es sei ihr unmöglich, ein Kriegsbudget dieser Art zu bilden und die in dem Pensionsgesetz vorgelegenen Mentzen zurückzuziehen, müsse das Vertrauen des Parlamentes ausgesprochen werden. **Vielmehr werde denn die Gefahr für die britische Nation, gegen die das Flottenprogramm der Regierung Vorkehrungen treffen solle?** Während der nächsten zehn oder zwölf Jahre sei keine Entwicklung der politischen Lage zu erwarten, bei einem Krieg notwendig oder unvermeidlich machen würde. Niemand werde zu sagen wagen, daß

Amerika oder Japan

die möglichen Feinde seien; und soweit Frankreich in Betracht komme, sei — wenn sich irgendjemand vorstelle, daß Frankreich der mögliche Feind sein könne — das Problem nicht Heeres, sondern ein Luftflottenproblem, oder — um genauer zu sein — ein Problem der Koordinierung der Luftstreitkräfte. Wenn, wie es drohe England eine Gefahr, so sei seine Aufgabe, ein gegenwärtiges Augenblick mehr als genügend, um einen solchen Gedanken zu begegnen. England baue zwei Schlachtschiffe eines Typs, wie die seine andere Macht besitze, es habe 49 moderne Kreuzer, von denen Japan, soviel er (Macdonald) wisse, nur achtzehn besitze. Wo sei also die Gefahr, und wo die Notwendigkeit einer erhöhten Rüstung? Es bestehe keinerlei Zweifel, daß die Admiralität in der Frage des Neubauprogrammes Ernst Wissen gegen den Ersatzplan Chejnes in der Hand habe. Bei der Frage der geplanten Neubauten etwa, die Flotte auf einen Einmächtestandard zu bringen? **Wenn das der Zweck sei, so stehe das Programm der britischen Kommaliität eine Aufforderung an andere Nationen zu einem**

Rüstungswettbewerb

bedeuten. Wie werde das Flottenbauprogramm auf den Plan einer Abrüstungskonferenz wirken? Keine Regierung, die eine solche Abrüstungskonferenz aktiv fördern wolle, dürfte im gegenwärtigen Augenblick auch nur eine Zonne sinken. Mac Donald beantragte schließlich die Verminderung der Bewilligung für den Kriegsschiffsbau, da keinerlei Gefahr das vorgelegte Programm rechtfertige, mit dem die Regierung die Friedensmöglichkeiten gefährde.

Auch Lloyd George erklärte, es bestehe keine Gefahr in Europa, die das Regierungsprogramm rechtfertige. Erwarte die Regierung, so fragte Lloyd George weiter, irgendeine gefährliche Entwicklung im Osten Asiens in den nächsten zehn Jahren, durch die die Vereinigten Staaten nicht weit mehr betroffen sein würden? Lord George nahm dann Bezug auf die Frage des Flottenbauprogrammes in der ausländischen Presse und sagte, es sei unerlaßlich, Abrüstung zu treiben, wenn die Regierung in einer Hand und einem Auftrag von 58 Millionen Pfund für den Bau von Kriegsschiffen in der anderen Hand. Das gefährde das

moralische Prestige

Großbritanniens.

Auch Lloyd George nahm der Schaplerkäufer Churchill das Wort und erklärte, das Flottenprogramm verlange nicht mehr, als was jeder vernünftige Mann als notwendig für die Verteidigung des Stellung Englands zur See anziehen könne. Es gebe keine auswärtige Nation, die eine Gefährdung des Kriegsmarines bedrohe. Die deutsche Flotte liege auf dem Boden Scapa Flow. Die Weltmacht sei friedlich, und die Flotte sei ein Mittel, aber einen Zusammenhang sei ferner als je. Es sei fast unbedarbar, daß England in einen Konflikt mit irgendjemand hineingezogen werde. Die einzige Bedrohung sei, daß die Flotte verlalte. Er sei ein starker Anhänger des Einmächtestandards und halte es für unerläßlich, daß dieser immer unterstützt. Das bedeute keine Bedrohung der bitterstsen Stellung des britischen Reiches. Wenn die Sicherheit Englands durch die Flotte zu erhalten, die keiner Flotte der Welt unterlegen sei.

Der konservative Abgeordnete Admiral Sueter nahm Bezug auf mögliche Gefahren, die daß neue Flottenprogramm notwendig machen könnten, und fügte hinzu, seitdem die Vereinigten Staaten das sogenannte

Gentlemen-Abkommen

preisgegeben hätten, fühle sich Japan verletzt und sei der Ansicht, daß Japan sich gleichberechtigte Nation behandelt werden müßten. Die Japaner hätten den Besuch der amerikanischen Flotte in Australien nicht gerne gesehen. Jederzeit könne eine Reibung zwischen Amerika und Japan entstehen, und England könne alsdann in den Konflikt hineingezogen werden, in der gleichen Weise, wie Amerika in den Konflikt hineingezogen werden könnte. Auf das französisch-amerikanische Bauprogramm bezugnehmend erklärte der Admiral, daß ein französischer Sieg bedeuten würde, daß ein französischer Schlachtschiffsyp ein.

Es wurde dann der Antrag Ramsay Mac Donalds, den Flottenetat herabzusetzen, mit 267 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, bezeichnete die richtige Armeepolitik diejenige sei, die die Sicherheit gewährleiste, nicht aber eine solche Politik, die eine Kriegsgefahr zu bieten oder fernere Zwecke ins Auge faßte. Die Regierung sei vollkommen bereit, Vorschläge betreffend Abrüstung mit den anderen großen Seemächten zu erörtern, und sie würde dies schon morgen tun, vorausgesetzt, daß die Sicherheit des Reiches nicht beeinträchtigt werde.

Bagdad, 30. 7. (W. T. B.)

König Feisal wird nächste Woche seine Reise nach London antreten, um Spezialärzte wegen seines Gesundheitszustandes zu befragen. Großes Geheimnis wird um den Besuch des europäischen Fachtarzes Elsaß abgutatten.

Polen und der Garantiepakt.

Eine Rede des polnischen Außenministers in Amerika.

Williamstown (Mass.), 30. 7. (W. T. B.)

Im Institute of Politics hielt der polnische Außenminister Graf Strzynski einen Vortrag über die Sicherheitsfrage, in dem er u. a. ausführte, jeder Beschränkung der Macht macht Polens müsse die Regelung der Sicherheitsfrage für Polen vorausgehen. Der deutsch-russische Sicherheitspakt müsse sich auch auf die polnisch-deutschen Grenzen erstrecken. Polen habe bereits eigenmal den Versuch gemacht, die Rüstungsfrage vor die Sicherheitsfrage zu stellen, und dieser Versuch sei fortspielig gewesen. Diese Erfahrung habe Polen im 18. Jahrhundert gemacht. Polens Glaube daran, daß die Niederlegung der Waffen dem Frieden zugute kommen werde, sei stark gewesen, ein anderes Land habe sich jedoch auf Polen gestürzt. Heute sei keine Rede mehr von einem sieghaften Kriege in Europa: ein neuer Krieg würde vielmehr die Zivilisation vernichten. Allmählich müsse jetzt zunächst auf die Regelung der Sicherheitsfrage und alsdann auf eine Beschränkung der Rüstungen hingearbeitet werden. Der deutsch-französische Sicherheitspakt dürfe erst nach dem Eintritt Deutschlands und anderer Länder in den Völkerbund abgeschlossen werden, dieses aber nicht vorausgehen. Unter sei Moskau heute einem Vorschlage zum Eintritt in den Völkerbund nicht günstig gesinnt, und es sei daher zweifelhaft, ob man mit Rußland über diese Frage zu verhandeln. Hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze müsse gesagt werden, daß jedes Abkommen, das nur eine Grenze garantiere, die Frage einer anderen Grenze haggen ungelöst lasse, zum Krieg und nicht zum Frieden führe. Auch dem Eingreifen der Vereinigten Staaten gebe es jetzt in Europa keine deutsche Gefahr mehr, doch könne Polen freundliche Beziehungen zu diesem Nachbarstaat nicht sogleich herstellen, weil Deutschland Gebietsreste beanspruche, die früher zu Deutschland gehört hätten, die jedoch immer polnisch gewesen seien. Polen sei nicht gewillt, Oberschlesien oder die Ansprüche auf den Danziger Korridor aufzugeben.

Neuer Mord polnischer Soldaten.

Moskau, 30. 7. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.)

Während einer Inspektion an der Grenze des Bezirks Jampol wurde der Kommandant der sowjetrussischen Grenztruppe von polnischen Grenzsoldaten ermordet. Die Tat erfolgte nach Ueberschreitung der Schienge durch die polnischen Soldaten, die alsdann die Leiche verschleppten. Erst später wurde die Leiche den Sowjetbehörden ausgeliefert. Im Bezirk Jampol hatten sich bereits in den letzten Monaten mehrere Angriffe regulärer polnischer Truppen auf sowjetrussischem Boden ereignet. Im Zusammenhang hiermit überreichte heute das Volkskommissariat des Auswärtigen der polnischen Gesandtschaft eine Protestdenkschrift. Ferner begibt sich eine gemischte Kommission an die Grenze, um Ermittlungen über die Angelegenheit anzustellen.

Die Massenausweisungen aus Polen

Ueber die empörend unmenschlichen Massenausweisungen deutscher Optanten aus Polen liegt jetzt genaueres Zahlenmaterial vor. Hiernach mussen am 1. August 20 000 Personen abgewandert sein; bis zum Ende des letzten Tagen bereits rund 7000 abgewandert. Am 1. November trifft dasselbe 208 etwa 2500 Personen, das sind solche Grundbesitzer, die im Umkreis polnischer Siedlungen angesiedelt sind. Bis zum 1. Juli 1926 müssen weitere 4500 Personen abgewandert sein; diese letzte Schar umfaßt die übrigen Grundbesitzer. In der Hauptsache sind es die, die deutsch erzogen sind, hauptsächlich Landwirte, Landarbeiter und Handwerker, die aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben, zum Opfer der Berfeiler Bolkmitterungspolitik und der polnischen Unkultur werden.

Die Gegensätze zwischen Coolidge und Wilbur.

New York, 30. 7. (T. U.)

Bekanntlich tritt der Marinestaatssekretär Wilbur für eine erhebliche Verstärkung der Flottenstationen an der amerikanischen Westküste ein und wähte hierzu die „Los Angeles" und „Shenandoa" nach San Diego in Kalifornien verlegen. Die gesamte Oeffentlichkeit beschäftigt sich eingehend mit den Plänen Wilburns und mit dem

Ausbau der Flotte im Pacific.

Coolidge ist bisher gegen Japan gerichteten Rüstungen durchaus abgeneigt und versucht bei der im Kongreß Stimmung gegen die Verlegung der Luftschiffe zu machen. In der Politik Coolidge liegt es, alles zu vermeiden, was in Japan die öffentliche Meinung gegen Amerika erregen könnte. Die Pläne des Marinestaatssekretärs finden in Marinekreisen die weiteste Unterstützung.

Eintritt Raditsch' in die Regierung?

kbg. Wien, 30. 7. (Eigenbericht.)

Die Belgrader Skupschtina hat das Budgetprovisorium für August bis November mit 139 gegen 66 Stimmen angenommen. Der oppositionelle Block, der die kroatisch-serbischen Bauernpartei seit geblieben ist, hat gegen das Budget gestimmt.

Kennzeichnend für den Wandel der politischen Haltung der Raditsch-Partei ist ein Beschluß über einen bevorstehenden Eintritt von Stefan Raditsch in die Regierung. Es heißt, daß sein Agramer Parteigenosse Trusar sein Mandat zurückgeben werde, um Raditsch Platz zu machen.

kbg. Wien, 30. 7 (Eigenbericht.)

In Semlin sind am 28. Juli zwei junge Leute verhaftet, die angeblich aus Hamburg kommen und sich Hans Lepige und Ernst Hartung nennen. Angeblich sollen die beiden jungen Leute Mitglieder der Organisation „Konsul" sein. Die deutsche Gesandtschaft in Belgrad, von der die beiden jungen Leute Reisepapiere für Jugoslawien verlangt haben, bemüht sich um die Feststellung der Persönlichkeit der beiden.

Paris, 30. 7. (T. U.) Der „New York Herald" meldet aus Tokio, daß das japanische Kabinett unwiderruflich seine Rücktritt stehe.

Nachklänge aus dem Weltkriege.

Weshalb Staatssekretär Bryan zurücktrat.

e. **New York**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Milton Miller, ein Freund des verstorbenen früheren Staatssekretärs Bryan, veröffentlicht Enthüllungen über den wahren Grund des Rücktritts Bryans von dem Amte als Staatssekretär im Juni 1915. Nachdem der damalige Präsident Wilson die zweite Lusitania-Note an Deutschland gerichtet hatte, ohne Bryan zu Rate zu ziehen, bat dieser seinen Rücktritt unter dem Vorwande, daß sein Gehalt unzureichend sei. Bryans Freunde behaupteten dagegen, daß seine Pazifismus die Trennung von dem

kriegerischen Wilson

verursacht habe. Miller erklärt nun, daß habe ihm 1920 mitgeteilt, die wirkliche Ursache seines Rücktritts sei gewesen, daß Wilson heimlich Bryans unverständlichte Note an Oesterreich über die österreichischen Ausfüllungen in den amerikanischen Munitionsfahrten geändert habe. Bryan gab dem Botschafter Dumba eine Abschrift seiner Note. Später aber erfuhr Dumba diese erst nach dem Eintritt Deutschlands und anderer Länder in den Völkerbund abgeschlossen werden, diesem aber nicht vorausgehen. Unter sei Moskau heute einem Vorschlage zum Eintritt in den Völkerbund nicht günstig gesinnt, und es sei daher zweifelhaft, ob man mit Rußland über diese Frage zu verhandeln. Hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze müsse gesagt werden, daß jedes Abkommen, das nur eine Grenze garantiere, die Frage einer anderen Grenze haggen ungelöst lasse, zum Krieg und nicht zum Frieden führe. Auch dem Eingreifen der Vereinigten Staaten gebe es jetzt in Europa keine deutsche Gefahr mehr, doch könne Polen freundliche Beziehungen zu diesem Nachbarstaat nicht sogleich herstellen, weil Deutschland Gebietsreste beanspruche, die früher zu Deutschland gehört hätten, die jedoch immer polnisch gewesen seien. Polen sei nicht gewillt, Oberschlesien oder die Ansprüche auf den Danziger Korridor aufzugeben.

Die Agrar- und Industriezölle.

Zweite Lesung im handelspolitischen Ausschuß.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages hatte am Donnerstag bei der ersten Lesung der Vollerlage noch den Teil der Agrarzölle zu beraten, der das Zolltarifgesetz der Vorlage regelt. Die Kompromißparteien wollen in einem Antrage den Reichsfinanzminister ermächtigen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zollgesetzes zu bestimmen. Er soll auch verschiedene Positionen zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft setzen können. Spätestens soll das Gesetz vom 1. Oktober 1925 ab Geltung haben, und es soll mit Ablauf des 31. Juli 1927 außer Kraft treten.

Ministerialdirektor Hoffmann: Es ist in Aussicht genommen, folgende Positionen mit einer Frist von 14 Tagen nach Verkündung in Kraft zu setzen: Getreide, Mehl, Müllereierzeugnisse, Vieh, frisches Fleisch und Speck. Die übrigen Zölle sollen mit der 1. Oktober d. Js. in Kraft treten, mit Ausnahme der Weinpositionen, die erst am 16. Oktober Geltung werden sollen, weil bis dahin der spanische Handelsvertrag noch gilt. In der Abstimmung wurden unter Ablehnung von demokratischen und sozialdemokratischen Renderungsanträgen die vorerwähnten Bestimmungen des Antrages der Kompromißparteien für das Inkrafttreten gegen die Stimmen der Opposition angenommen und damit die erste Lesung der Zollvorlage beendet.

Der Ausschuß wandte sich dann sogleich der zweiten Lesung der Vorlage zu; es wurde dabei mit den Agrarzöllen begonnen. Der zweiten Lesung liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

In der Abstimmung werden unter Ablehnung von sozialdemokratischen und kommunistischen Renderungsanträgen die Beschlüsse der ersten Lesung unverändert gefaßt.

Bei den Positionen Fette und Oele verfallen sämtliche Renderungsanträge der Ablehnung. **Damit wird die zweite Lesung der Agrarzölle beendet und die Kompromißbeschlüsse der ersten Lesung werden bestätigt.**

Der Ausschuß wendet sich hierauf der zweiten Lesung der Industriezölle zu.

Verabschiedung des Notetats.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde zunächst der Notetat behandelt. Abg. Geck (Soz.) vor der Meinung, daß die Parteien ein Interesse daran haben müßten, wieder im Reich zu einer geordneten Finanzwirtschaft zu kommen. Die dritte Lesung des endgültigen Etats müsse unter allen Umständen noch vor den Reichstagsferien erledigt werden und dürfe keinesfalls auf viele Monate hinausgeschoben werden.

Abg. Erling (Zentr.) war mit dem Vorredner einig darüber, daß der endgültige Etat in der nächsten Woche erledigt werden müsse. Aber die Sozialdemokraten hätten in der Sache Sperrung des Reichsing unterstellt, die eine Sabotage bedeuteten, die dazu führen könne, daß der Vorsatz trotz guten Willens der übrigen Parteien nicht ausführbar sei, der endgültigen Etat noch vor den Ferien zu erledigen. Deshalb müsse man vorerst einen Notetat verabschieden.

Abg. Leicht (W. V. P.) wunderte sich darüber, daß im Haushaltsausschuß gegenüber den Beratungen im Plenum über die Behandlung der Gesetze so verschieden sein. Im Aeltestenrat klage immer die Opposition darüber, daß die Gesetze zu schnell und zu oft ohne ordnungsmäßige Prüfung durchgepeitscht würden. Hier im Haushaltsausschuß verlange aber dieselbe Opposition, daß ein Gesetz, nämlich der endgültige Etats noch vor den Ferien in aller Eile erledigt werde.

Der Notetat wurde alsdann mit Wirkung bis zum 30. November 1925 vom Haushaltsausschuß angenommen. Hierzu wurde ein Antrag des Abg. Reinke (Nat.) angenommen, der bezweckt, durch die zweite Ergänzung zum Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1924 in zweiter Lesung gewisse Nachtragsleistungen jetzt schon erstmalig beim Reichswehrministerium wie bei den übrigen Reichsministerien durchführt werden kann. Ferner wurde ein Antrag des Abg. Schmidt-Stettin (D. Nat.) angenommen, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, den Hundertsatz des auszugleichenden Wohnungsbauzuschusses nötigenfalls auch über 100 % hinaus zu erhöhen. Schließlich wurde eine Entschließung des Abg. Steinfopf (Soz.) angenommen, derzufolge die im Etat 1925 genehmigten Stellen vom 1. April ab zu besetzen sind. Hierauf wurde der Notetat vom Ausschuß verabschiedet.

Halbe Wahrheit — ganze Unwahrheit.

Im „Vorwärts" ist kürzlich auf Grund von einigen letztlich erschienenen, die Besteuerung des Einkommens jenseits des Kanals behandelnden Broschüren das Lob des englischen Steuersystems in hohen Tönen gesungen worden. Das Existenzminimum für den alleinstehenden Jensten betrage etwa 2700 Goldmark; und wenn das Einkommen ausschließlich aus der Arbeit stamme, so erhöhe sich die Freigrenze auf 3000 Mark. Ein Verheirateter dürfe sich 4500 Mark abziehen, und wenn man Arbeitseinkommen vorliege, sogar 5000 Mark. Ein Familienvater mit drei Kindern sei bis 6800 Mark steuerfrei, während er in Deutschland 340 Mark Steuern zahlen müsse. — Das sei eine um so beschämendere Rückständigkeit unseres Finanzsystems, als wir uns immer eingebildet hätten, in Beziehung auf Sozialpolitik im allgemeinen und in der sozialen Ausgestaltung der Steuern im besonderen an der Spitze zu marschieren. Was die deutsche Regierung den Bezieherin kleiner Einkommen biete, hätte keine englische Regierung der Volksvertretung vorzulegen gewagt. — Alle diese Angaben über die schonende Behandlung der kleinen Einkommen im England sind vollkommen richtig. Eine Einschränkung sei zugegeben, daß die englische Einkommensteuer einzig in ihrer Art dasteht (mit aus Gründen, welche später noch berührt werden), daß sie ein finanzpolitisches Juwel sondergleichen ist. Trotzdem kommt der Artikel zu ganz falschen Schlußfolgerungen, weil er nur die halbe Wahrheit (und im Endergebnis eine ganze Unwahrheit) sagt. Denn er läßt

1. den Zusammenhang der englischen Einkommen- (und Nachlaß-) Steuer mit den Staatsausgaben vollkommen aus dem Auge. Demzufolge Klasse 1 Pfund Sterling in England diese Steuer aufbringen, fließen auch deren Erträge fast restlos wieder als Zinsen auf ihren Staatsinstitutsbesitz zu. — Damit, daß England, Wales, Schottland und Nordirland bei einer Bevölkerung von etwa 43 Millionen nur 2¼ Millionen Einkommensteuerzahler haben, ist in keiner Weise gesagt, daß die Nichtzensiten steuerfrei gelassen werden. Man hat vielmehr

2. der englischen Bevölkerung Verbrauchssteuern in einem Umfang aufgebaut, daß uns Deutschen die Haare zu Berge stehen.

ad 1. Das etat-Ausgabe für die englischen Staatsausgaben bilden die Consolidated Fund Services und dem Dienst der Staatsschuld (Gesamtverfordernis für 1924/25: 388 Mill. Pfd. St.) als wichtigsten Posten. Daneben kommen hier in Betracht die Ueberweisungen an die Gemeinden und an Nordirland; der Wegebau und Anlaßfonds, die Kron- und Eigenbedürfnisse. Das sind die Hauptfixk bilden die sogenannten Supply Services, d. h. die jährlich vom Unterhaus zu bewilligenden Ausgaben für die laufende Staatsverwaltung: Inneres, Indisches, Kolonial, Auswärtiges, Schatzamt, Kriegs-, Flotten-, Pensions-, Handels-, Arbeitsministerium usw. Es waren erforderlich für die

	Cons. Fd. Serv.	Supply Serv.
	Mill. Pfd. St.	
1923/24	344	406
1924/25	384	402
1925/26 (Voranschlag)	399	407

Die Erträge der Einkommen- und Nachlaßsteuer werden von den Consolidated Fund Services in Anspruch genommen, während die übrigen Einnahmen, in der Hauptsache die Verkehrssteuern (Stempel), die Zölle und die inländischen Verbrauchssteuern zusammen mit den Bruttoeinnahmen des (auch mit seinen Bruttoausgaben unter Supply figurierenden) Post-, Telegraphen- und Telephondien